



Auswirkungen des Brexit

Sonderauswertung der IHK-Unternehmens-
umfrage Going International 2020

 **GemeinsamWeltweit**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die wesentlichen Ergebnisse:

1. Der deutsch-britische Handel ist seit der Brexit-Entscheidung rückläufig. Fast vier Jahre nach dem Referendum und trotz offiziellem EU-Austritt Ende Januar 2020 ist noch immer unklar, wie die zukünftigen Handelsbeziehungen aussehen werden. Dementsprechend verunsichert zeigt sich die deutsche Wirtschaft: 58 Prozent der Unternehmen erwarten 2020 – ungeachtet der aktuellen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie – für ihre Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich eine Verschlechterung. Neben den befürchteten Zöllen, höheren Kosten und mehr Bürokratie durch den EU-Austritt ist eine vergleichsweise schwache Wirtschaftsentwicklung auf der britischen Insel ein Grund für die negativen Geschäftsperspektiven.
2. 15 Prozent der Betriebe planen Investitionsverlagerungen vom Vereinigten Königreich in andere Staaten – vornehmlich nach Deutschland und in andere Länder der EU. Vier von fünf Unternehmen sorgen sich um zusätzliche Zollbürokratie. Daneben bilden höhere Kosten für Zölle und Einfuhrsteuern sowie die rechtliche Unsicherheit die größten Risikofaktoren. Zölle und zusätzliche Zollbürokratie würden im Falle eines harten Brexits zu Mehrbelastungen in Milliardenhöhe führen.

Folgen des Brexits für deutsche Unternehmen

Unsicherheiten bleiben bestehen

Das Vereinigte Königreich ist Ende Januar 2020 offiziell aus der Europäischen Union (EU) ausgetreten. Bis zum 31. Dezember 2020 gibt es eine Übergangsphase, so dass in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen das Land weiterhin als EU-Mitglied behandelt wird. Dies verhindert unter anderem eine Zollgrenze und damit mögliche Einschränkungen beim Handel. Wie dieses Verhältnis nach der Übergangsphase aussehen wird, ist allerdings weiterhin unklar. Von engen Wirtschaftsbeziehungen, über ein Handelsabkommen bis hin zu einem „no deal“ und damit Handel sowie Zölle einzig unter Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) ist vieles möglich. Die Unsicherheit in der deutschen und britischen Wirtschaft ist damit groß. Aus Sicht der deutschen Unternehmen stellt der Brexit aber schon jetzt – und unabhängig von der aktuellen Corona-Krise – eine große Herausforderung für die Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich dar.

Einschätzungen der Unternehmen

Die deutschen Unternehmen schätzen ihre Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich deutlich negativer ein als die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Unabhängig von den Auswirkungen der Corona-Krise bewertet mehr als jedes dritte Unternehmen (36%) seine Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich als schlecht.

Zum Vergleich: 34 Prozent der deutschen Unternehmen bewerten ihre Geschäfte mit den anderen EU-Ländern ohne Eurowährung als positiv und nur neun Prozent als schlecht. Mit den Ländern der Eurozone nennen sogar 47 Prozent der Betriebe die Geschäftsbeziehungen als gut. Das Vereinigte Königreich ist nur noch Deutschlands siebtwichtigster Handelspartner mit einem Handelsvolumen von 117 Milliarden Euro. 2017 war das Land noch auf Rang 5 der größten Handelspartner. Seit dem Referendum im Jahr 2016 sind die deutschen Exporte auf die britische Insel aber merklich gesunken – von 89 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 79 Milliarden Euro im Jahr 2019. In diesem Zeitraum ist das Vereinigte Königreich von Rang 3 auf Rang 5 der wichtigsten Exportmärkte Deutschlands gefallen.

Für die Zukunft sind die Geschäftsperspektiven noch völlig unklar. Zusätzlich zum Brexit kommen die aktuellen und noch nicht absehbaren Entwicklungen infolge der Coronavirus-Pandemie, die aufgrund des Befragungszeitraums im Januar und Februar 2020 hier nur eingeschränkt dargestellt werden können.

Verlagerung von Investitionen geplant

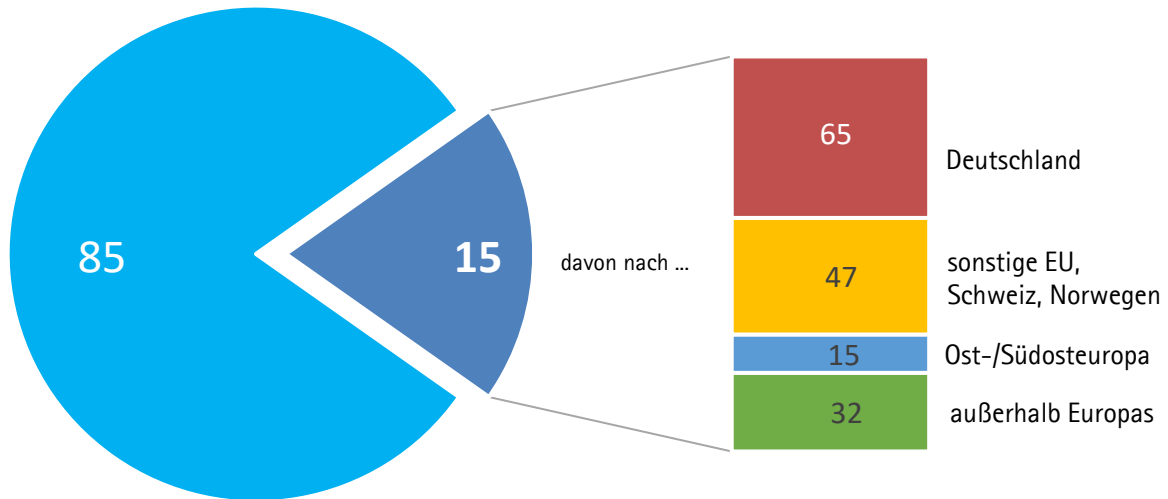
Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Export auf die britische Insel ab. Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich haben einen Bestand von über 160 Milliarden Euro. Deutsche Unternehmen haben dort 2.500 Niederlassungen und beschäftigen über 400.000 Mitarbeiter.

Mittlerweile planen 15 Prozent der Unternehmen mit Investitionen im Vereinigten Königreich eine Verlagerung von Investitionen auf andere Märkte, um auch künftig im EU-Binnenmarkt zu verbleiben. Durch den Austritt aus der EU ist für viele Unternehmen zur Gewissheit geworden, dass die enge wirtschaftliche Verbindung nach der Übergangsphase endet und lediglich ein Handelsabkommen die künftigen Wirtschaftsbeziehungen regeln wird. Auch wenn solch ein Abkommen mögliche Zölle verhindern könnte, werden voraussichtlich andere nicht-tarifäre Hemmnisse oder unterschiedliche Standardsetzung und Regulierungen in den kommenden Jahren höhere Kosten und Mehraufwand für deutsche Niederlassungen im Vereinigten Königreich zur Folge haben. Da davon auszugehen ist, dass auch Unternehmen aus anderen Ländern ähnliche Investitionsverlagerungen weg von der britischen Insel vornehmen werden, könnte die britische Wirtschaft zusätzlich zur Corona-Krise weiter geschwächt werden.

Verlagerung von UK-Investitionen auf andere Märkte

Unternehmensanteil

in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Das Hauptziel für die Verlagerung von Investitionen ist Deutschland, gefolgt von den restlichen 26 EU-Länder bzw. Schweiz und Norwegen. Das zeigt: Unternehmen suchen nach stabilen Verhältnissen und setzen im Zweifel auf den Binnenmarkt, beziehungsweise auf planbare und zollbegünstigte Handelsbeziehungen mit der Schweiz und Norwegen. Nur ein kleinerer Teil setzt auf Länder außerhalb Europas.

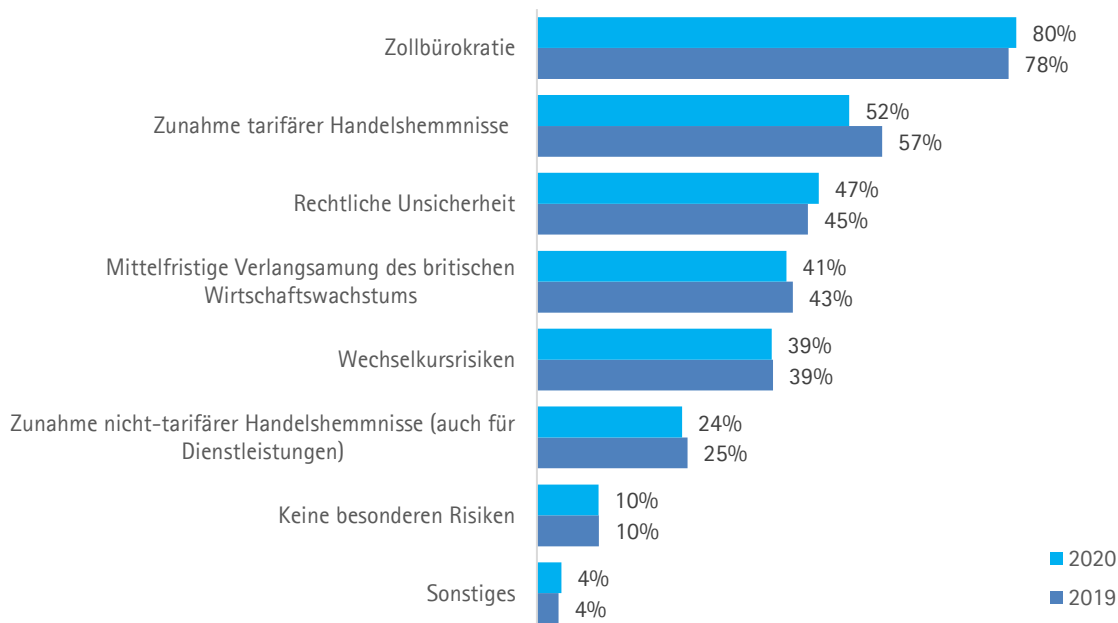
Zollbürokratie als größtes Geschäftsrisiko

Durch den Brexit drohen nach Berechnungen des DIHK bis zu zehn Millionen Zollanmeldungen und zusätzliche Kosten in Höhe von rund 200 Millionen Euro allein durch Zollbürokratie. Und das selbst bei einem umfangreichen Freihandelsabkommen ohne Zölle. Denn die Anmeldung von Waren, die über die Grenze gehen, muss beim Zoll auf jeden Fall erfolgen. Vor diesem Hintergrund sehen vier von fünf Unternehmen im drohenden Mehraufwand bei der Zollbürokratie ein besonderes Risiko für die zukünftigen Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich. Dazu zählen unter anderem die Abgabe von Zollanmeldungen und die Dauer von Zollabfertigungen.

Mehr als die Hälfte der Unternehmen nennt aber auch die tarifären Handelshemmnisse, also Zölle die zusätzlich erhoben werden könnten, als Risiko. Käme es zu einem Austritt ohne Handelsabkommen, würde die EU für sämtliche Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich die derzeit für Drittländer geltenden WTO-Zölle veranschlagen. Umgekehrt besteht die Möglichkeit, dass das Vereinigte Königreich seinerseits Zölle in Anlehnung an die EU-Zollsätze erhebt. Das würde für die deutsche Exportwirtschaft zu Mehrbelastungen in Milliardenhöhe führen und ggf. auch die Wiedereinfuhr von zuvor exportierten Waren betreffen.

Folgende Risiken sehen die Unternehmen für die Geschäfte im Vereinigten Königreich nach dem Brexit

in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



47 Prozent der Unternehmen sehen in einer unklaren Rechtssituation nach dem Brexit ein großes Risiko für die geschäftlichen Beziehungen. Die britische Regierung hat bereits angekündigt, dass sie in vielen Wirtschaftsbereichen andere Regelungen als im Binnenmarkt treffen will. Für Unternehmen heißt das unter Umständen, doppelte Zertifizierungen durchführen zu müssen oder zwei unterschiedliche Fertigungsbänder für ihre Produkte zu nutzen – einmal für den europäischen und einmal für den britischen Markt. Das träfe dann vor allem kleine und mittelständische Betriebe, die im Vergleich zu größeren Unternehmen nicht so flexibel auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren können.

41 Prozent der Befragten benennen eine mittelfristige Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums als potenziellen Bremsklotz für ihre Geschäfte. Ein allein durch den Brexit geschwächtes Pfund bereitet gut 40 Prozent der Unternehmen Sorgen. Und die Zunahme nichttarifärer Handelshemmnisse, wie zum Beispiel durch Zertifizierungsanforderungen, sehen ein Viertel der Unternehmen als Risiko.

Die befragten Unternehmen hatten zudem die Möglichkeit weitere Risiken zu benennen. Hier wurde vor allem die Unsicherheit über die zukünftigen Regelungen im Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich genannt. Diese besteht auch bei den Kunden und Zulieferern auf der britischen Insel. Des Weiteren werden Verzögerungen in der Lieferkette und lange Lieferzeiten als Risiko genannt.

Fragebogen

Wie beurteilen Sie die aktuelle Geschäftssituation im Vereinigten Königreich?

- Gut
- Befriedigend
- Schlecht
- Nicht betroffen

Wie beurteilen Sie die Geschäftsperspektive in diesem Jahr im Vereinigten Königreich?

- Besser
- Gleichbleibend
- Schlechter
- Nicht betroffen

Planen Sie aufgrund des britischen EU-Austritts eine Verlagerung ihrer Investitionsausgaben auf andere Märkte? (Wenn Ja, Mehrfachnennung möglich)

- Nein
- Ja, nach Deutschland
- Ja, in die sonstige EU, Schweiz, Norwegen
- Ja, nach Ost-/Südosteuropa (ohne EU)
- Ja, außerhalb Europas

Worin sehen Sie besondere Risiken im Vereinigten Königreich nach einem Brexit? (Mehrfachantworten möglich)

- Zunahme tarifärer Handelshemmnisse
- Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse (auch für Dienstleistungen)
- Rechtliche Unsicherheit
- Wechselkursrisiken
- Mittelfristige Verlangsamung des britischen Wirtschaftswachstums
- Zollbürokratie
- Sonstiges (Freitext):

Die bundesweite Umfrage „Going International 2020“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2020 haben sich knapp 2.500 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 1.500 Unternehmen, die mit Vereinigtem Königreich geschäftlich in Verbindung stehen.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich betrug im Jahr 2019 117 Milliarden Euro. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit der britischen Insel ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Investitionen im Wert von über 140 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.500 Niederlassungen deutscher Firmen, die über 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland 1.500 Niederlassungen und beschäftigen circa 270.000 Mitarbeiter¹.

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Kevin Heidenreich

Grafik

Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

März 2020

¹ Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank